

## Editorial

### Ein Provisorium wird vierzig

40 Jahre BRD – ein Datum, das Bilanzierungen, kritische Rück- und Ausblicke geradezu herauszufordern scheint. Der Versuchung, einen quasi lexikalischen Überblick über die Akteure bundesdeutscher Politik, Klassen, Staat, Parteien, Gewerkschaften etc. zu geben, sind wir allerdings nicht erlegen. Nicht die allzu offensichtlichen und schon oft – gerade auch in der PROKLA – diskutierten Verschiebungen und Strukturbrüche, sondern die eher leisen, kaum wahrgenommenen aber nichtsdestoweniger tiefgreifenden Entwicklungen und Merkwürdigkeiten interessierten uns.

Bereits das bundesrepublikanische Staatsgebilde ist ein Kuriosum: vor 40 Jahren als Provisorium gegründet, mit nur vorläufiger Verfassung und Hauptstadt, gehört es inzwischen zu den dauerhaftesten der neueren deutschen Geschichte. Daß diese BRD eigentlich nur ein halbes, vorläufiges Deutschland sein sollte, ist aus dem Bewußtsein ihrer Bürger längst verschwunden, und auch konservative Politiker sprechen fast nur noch bei Reden auf den Treffen der Vertriebenenverbände davon. Lange Zeit hatte diese BRD sogar vielen ihrer Nachbarländer einiges an ökonomischer Prosperität und politischer Stabilität voraus. Zwar machte die Krise auch nicht vor dem bundesdeutschen »Wirtschaftswunder« halt und beendete die Zeiten der Vollbeschäftigung. Doch gerade in der Krise zeigte sich die ökonomische Stärke der BRD in der Weltwirtschaft: die »harte« D-Mark hat die Rolle des Dollar als »Weltgeld« schon erheblich ausgehöhlt. Keine der üblichen Wirtschaftsgeschichten der Bundesrepublik, sondern eine kleine Geschichte der D-Mark präsentieren *Elmar Altvater* und *Kurt Hübner* in ihrem Beitrag.

Ohne Faschismus hätte es die BRD nie gegeben. Aber nicht erst der »Historikerstreit« zeigte, daß im öffentlichen Selbstverständnis der BRD ihr Verhältnis zum Faschismus nicht geklärt ist. Schon vorher war noch nie so ganz klar gewesen, ob das Ende des Faschismus Niederlage oder Befreiung war. Der Faschismus wurde in der BRD nicht aufgearbeitet, was angesichts der weitgehenden personellen und zum Teil auch institutionellen Kontinuität in Politik, Wirtschaft und Justiz nicht verwundert. Während die Arbeiterbewegung nach der Niederlage des Faschismus ihre Spaltung in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel nicht zu überwinden vermochte, gelang den Rechtsparteien eine erfolgreiche Neuformierung. Mit der Union entstand ein die verschiedenen rechten und konfessionellen Strömungen umfassendes Sammelbecken, womit dem durch seine Unterstützung des Nationalsozialismus diskreditierten Bürgertum ein erfolgreicher politischer Neuanfang gelang, der wesentlich zur Kontinuität bürgerlicher Herrschaft beigetragen hat. Die Geschichte dieser konservativen Formierung untersucht *Ute Schmidt*, die damit die in den PROKLA Nummern 51 und 56 geführte Diskussion über die CDU fortsetzt. Um Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Geschichte geht es auch *Jan Spurk*.

Der Autor spannt in seinem Beitrag über das Verhältnis von Gesellschaft und Gemeinschaft den Bogen vom deutschen Faschismus zur Krise des Fordismus. Die »Volksgemeinschaft« des Dritten Reiches überdauerte die Gründungsphase der BRD, zerfiel jedoch infolge der Herausbildung des fordistischen Konsum- und Sozialstaates. Mit der Krise des fordistischen Akkumulationsmodells deutet sich ein »neuer Vergemeinschaftungsschub« an, der sowohl von Teilen der alternativen politischen Bewegungen, als auch von konservativen Populisten und »modernen« Managementstrategen getragen wird. Statt kritischer Aufklärung und der Infragestellung von Herrschaftsstrukturen, so die Befürchtung des Autors, dominiert das Engagement für einen modernisierten, »re-vergemeinschafteten« Kapitalismus. Ein demokratisches Projekt jenseits der real existierenden Marktwirtschaften ist nicht in Sicht.

Mit dem Zerschlagen der Anti-Hitler-Koalition wurde der Antifaschismus dem Antikommunismus des Kalten Krieges subsumiert (wissenschaftlich als Totalitarismustheorie verkleidet). »Demokrat« und Antifaschist konnte man jetzt nur als strammer Antikommunist sein, was sich auch bis tief in die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften durchsetzte. Ausgerechnet die Zerschlagung der Weimarer Republik durch den Faschismus mußte bis hin zu den gegen die Linke gerichteten Berufsverboten als Rechtfertigung erhalten für die »wehrhafte Demokratie«, die Ausgrenzung und Repression einer linken Opposition oder was dafür gehalten wurde.

Auch wenn der bundesdeutsche Antifaschismus deklamatorisch blieb, mag es zumindest so scheinen, als habe der Antisemitismus wesentlich an Boden verloren, sei geradezu einem offiziellen Philosemitismus gewichen. Daß die »Wiedergutmachung« den Juden gegenüber und die Unterstützung Israels durch die frühen CDU-Regierungen vor allem auf eine reibungslose Westintegration zielte, daß andererseits gerade in den letzten Jahren die bundesdeutsche Linke der brutalen israelischen Besatzungspolitik gegenüber recht hilflos blieb, zeigt *Thomas Scheffler* in seinem Aufsatz.

Die militärische Niederlage und die folgende Teilung Deutschlands prägte die Wahrnehmung der BRD gerade auch innerhalb der Linken. Die Bundesrepublik wird zwar als wirtschaftlicher Riese aber als politischer und militärischer Zwerg gehandelt. Geht es um Imperialismus, so sind meist nur die USA gemeint; die BRD und ihre Regierung erscheint eher als dümmlicher Steigbügelhalter. Dabei ist sie zumindest zur westeuropäischen Imperialmacht herangereift, die mit der EG eine weitgehend auf ihre Interessen zugeschnittene Organisation eines europäischen Wirtschaftsraums besitzt, was sich auch in entsprechenden politischen Aktivitäten niederschlägt. Da wurden beispielsweise in den 70er Jahren von der sozialdemokratisch regierten BRD aus sozialistische Parteien in Portugal und Spanien gefördert, die dann wesentlich zur Domestizierung antikapitalistischer sozialer Bewegungen in ihren Ländern beitrugen und eine reibungslose EG-Integration ermöglichten. Oder die internationale Finanzhilfe, die die Militärs, die sich 1980 in der Türkei an die Macht geputzt hatten, dringend benötigten, wurde von Bonn aus koordiniert. Auch in der sogenannten 3. Welt ist die BRD, nicht nur mit ihren Konzernen sondern auch mit politischen Agenturen wie den »parteinahen« Stiftungen diskret aber durchaus wirkungsvoll präsent. Und unter der Fahne von EG-Interessen läßt es die BRD auch schon mal zu Konflikten mit

den USA kommen. Mit der in die Krise geratenen Hegemonialmacht USA wird sich die nächste PROKLA beschäftigen, mit der EG, dem gemeinsamen Binnenmarkt 1992 und der Rolle der BRD in Europa die übernächste.

Als »demokratischer Rechtsstaat« ist die BRD dem Faschismus natürlich allemal vorzuziehen. Aber auch wenn die verschiedentlich vorgebrachte »Faschisierungsthese« einen eher polemischen als analytischen Inhalt hatte, darf nicht vergessen werden, daß in der BRD 1956, ganz rechtsstaatlich, die KPD verboten wurde, daß mancher, der schon als Kommunist in einem von Hitlers KZs gesessen hatte, aus dem selben Grund auch mit bundesdeutschen Gefängnissen Bekanntschaft machte. Und es ist nicht nur für Diktaturen typisch, daß Menschen in Gefängnissen verschwinden, ohne daß sie die Möglichkeit haben mit Anwälten oder Freunden in Kontakt zu treten; mit dem »Kontaktsperregesetz« wurde dies ganz rechtsstaatlich auch in der BRD möglich. Und schließlich fallen einem auch die in Stammheim zu Tode gekommenen RAF Mitglieder ein: wer auch nur Zweifel an der staatlichen Selbstmordversion äußerte, mußte seinerseits mit staatlicher Verfolgung rechnen. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Trotz aller »Rechtsstaatlichkeit«, trotz aller öffentlich proklamierten »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«, war bei der politischen Führungselite der jungen BRD (quer durch alle Parteien) genug Klassenbewußtsein vorhanden, um die Gefahr einer möglichen Arbeiterrevolte zu sehen und gegen sie zu rüsten. In Ermangelung einer Armee fiel diese Aufgabe der Polizei zu. Die Geschichte dieser »inneren Rüstung« und ihre Wandlung in den 70er Jahren wird von *Falco Werkentin* nachgezeichnet. Auch in der nun bereits länger als eine Dekade andauernden ökonomischen Krise herrscht noch relativer Wohlstand. Zwar gibt es auch (und zwar zunehmend) Armut in der BRD, verglichen mit ähnlichen Ländern ist sie aber immer noch relativ gering. Große Teile der Arbeiterklasse ebenso wie die mehr oder weniger akademische linke Szene sind recht gut versorgt. Auch die ehemaligen Hausbesetzer (soweit sie nicht geräumt wurden) liegen zwar zuweilen noch im Clinch mit dem Staat, aber vor allem über die Höhe der finanziellen Förderung.

Die bundesdeutsche Geschichte läßt sich unter anderem als Geschichte einer zunehmenden Integration der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in die Gesellschaft lesen. Gewerkschaften, die bereit sind, »gesamtwirtschaftliche Verantwortung« zu tragen und die von ihnen geführten Verteilungskämpfe den Erfordernissen des Kapitals unterzuordnen, haben mit fundamentaler Opposition, wie sie vor allem von linken Intellektuellen formuliert wurde, wenig im Sinn. Wenn allerdings, wie im Gefolge der Studentenbewegung, radikale Intellektuelle »Arbeiterparteien« aufbauen wollen, ist das Gefühl, instrumentalisiert zu werden, auf seiten der Arbeiterbewegung nicht ganz unberechtigt. Allerdings scheint es in letzter Zeit, im Zuge der Krise zu einer erneuten Annäherung zwischen Gewerkschaften, die die Grenzen ihrer kooperativen Politik und Intellektuellen, die ihre kurzschlüssigen Revolutionshoffnungen kritisch reflektieren, zu kommen. Von den Schwierigkeiten der Solidarität zwischen Arbeitern und Intellektuellen handelt der Beitrag von *Bodo Zeuner*, der damit nicht nur an die in der PROKLA schon häufiger geführte Gewerkschaftsdiskus-

sion (zuletzt in PROKLA 64) anknüpft, sondern auch den Faden des Intellektuellenheftes (PROKLA 70) wieder aufnimmt.

Die BRD hat aber auch eine Geschichte von sozialen Protestbewegungen. In den 50er und 60er Jahren waren dies die Bewegungen gegen die Wiederbewaffnung, die Anti-Atomtod-Bewegung, die Kampagne gegen die Notstandsgesetze, und schließlich die Studentenbewegung. In den 70er Jahren scheiterten nicht nur die Hoffnungen der alten Bewegungen auf eine schnelle Veränderung der Gesellschaft, es entstanden auch neue Bewegungen, wie die Frauenbewegung, die Anti-AKW- und Ökologiebewegung sowie die Friedensbewegung. Vor allem aber verschob (und erweiterte) sich die soziale Basis dieser Bewegungen. Es entstand eine linksalternative Szene mit nur undeutlich zu bestimmenden sozialen und ideologischen Grenzen, der es immerhin gelang, mit einer neuen Partei das erstarrte Dreiparteiensystem der BRD durcheinanderzurütteln. Neue soziale Bewegungen und die Grüne Partei wurden in der PROKLA schon öfter untersucht (PROKLA 51 und 61), ein für dieses Heft vorgesehener Beitrag wurde leider nicht mehr rechtzeitig fertig.

Außerhalb des Schwerpunktthemas knüpft *Christoph Scherrer* in seinem Beitrag über die US-amerikanischen »Radicals« an die Debatte in der letzten PROKLA über die Zukunft der Kritik der politischen Ökonomie an. Zur Diskussion steht hier eine Variante marxistischer Analyse, die dem geläufigen Ökonomismuskritik entgegenzuwirken versucht, indem insbesondere auf institutionelle und politische Bestimmungsfaktoren im Prozeß der Kapitalakkumulation, der Entfaltung stabiler Akkumulationsmodelle sowie deren Erosion abgestellt wird.